

039

November 2013

Info-Teaser für Aktive

JUNGE IMPULSE

Jugendpolitische Umfeldbeobachtungen

Junge Politik

Koalitionsverhandlungen: "Bildung ist nicht verhandelbar"

CDU/CSU und SPD haben in Berlin mit den Koalitionsverhandlungen begonnen – und die IG Metall Jugend ist dabei: Gleich am ersten Verhandlungstag platzierten sich Aktive der IG Metall Jugend Berlin unübersehbar vor der Parteizentrale der CDU und sendeten ihre Botschaft über zahlreiche Fernsehkameras ins ganze Land. "Bildung ist nicht verhandelbar" war das Motto der ersten Aktion, das die künftigen Koalitionäre an ihre Wahlversprechen erinnern sollte. Tatsächlich hatten zahlreiche Politiker im Wahlkampf das Bildungsmanifest der Kampagne "Revolution Bildung" unterschrieben, darunter auch der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel. "Wir wollen den Politikern Fakten über den Zustand des Bildungssystems an den Verhandlungstisch mitgeben", sagt Eric Leiderer, Bundesjugendsekretär beim Vorstand der IG Metall. Daher sollen die Aktionen auch in den kommenden Wochen fortgesetzt und intensiviert werden, hieß es. ➔ [Weiter...](#)

Endlosdebatte: "Mindestlohn jetzt"

Das jahrelange Gezerre um die überfällige Einführung von Mindestlöhnen erlebt in den aktuellen Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD eine weitere Wendung, nachdem die Sozialdemokraten die Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro zur Bedingung zur Aufnahme von Gesprächen gemacht hatten. Nun wird zwischen den künftigen Koalitionspartnern diskutiert, hatten sich die Unionsparteien doch lange gegen Mindestlöhne ausgesprochen und als Ersatzmaßnahme verbindliche

Lohnuntergrenzen vorgeschlagen, die nach Branchen und Regionen differenziert werden sollten. Der DGB erwarte daher, dass die Regierung sich nicht gegen den eindeutigen Willen der Mehrheit der Menschen stelle, hieß es in Berlin. ➔ [Weiter...](#)

Ausbildungsreport 2013: Ungleiche Verteilung von Chancen

Die DGB Jugend hat ihren Ausbildungsreport 2013 vorgestellt. Demnach droht auch in der Ausbildung eine Zweiklassengesellschaft. "Ein Teil der Jugendlichen profitiert von der demographisch bedingten leichten Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt, für die anderen erhöht sich dagegen das Risiko, dauerhaft ausgeschlossen zu bleiben", so DGB-Bundesjugendsekretär Florian Haggenmiller bei der Vorstellung in Berlin. Im Zentrum der gewerkschaftlichen Kritik stand ein weiteres Mal der Rückgang an Ausbildungsstellen und das so genannte Übergangssystem, mit dem jene Jugendlichen abgespeist werden sollen, die keine Stelle finden konnten. Auch die Situation nach der Ausbildung ist alles andere als rosig: So hatten 60 Prozent der Ausgelernten noch keine Zusage für eine Übernahme in der Tasche. Die IG Metall Jugend hatte im vergangenen Jahr die unbefristete Übernahme für alle Auszubildenden in der Metall- und Elektroindustrie gegen harte Widerstände durchgesetzt. ➔ [Weiter...](#)

Südeuropa: Neue Proteste gegen deutschen Sparzwang

Dass die Euro-Krise aus den deutschen Medien verschwunden ist, bedeutet keinesfalls dass sie vorüber ist. Nach wie vor wird in Südeuropa eine von Deutschland maßgeblich mit erzwungene Sparpolitik exekutiert, noch immer protestieren Tausende Menschen gegen die Folgen.

039

Info-Teaser für Aktive



In den letzten Wochen konzentrierten sich die Proteste vor allem auf Portugal und Italien: In Rom gingen rund 70.000 Menschen auf die Straßen, in Porto waren es geschätzte 50.000 Teilnehmer, in Lissabon reisten die Menschen in über 400 Bussen an. "Wir protestieren gegen einen Sparkurs, der das Land in die Knie zwingt", sagte ein Gewerkschaftsvertreter in Rom. Unterdessen sind auch in Griechenland weitere Demonstrationen angekündigt.

→ [Weiter...](#)

Junge Gesellschaft

IG Metall-Jugendstudie 2013: Motiviert, aber ausgebremst

Verkehrte Welt: Trotz demographischem Wandel und Nachwuchssorgen bieten Unternehmen jungen Menschen kaum sichere Jobs, wie eine Studie von TNS Infratest im Auftrag der IG Metall jetzt zeigte. Demnach ist der Trend zu unsicherer Beschäftigung ungebrochen und betrifft jeden Dritten der unter 35-Jährigen, 23 Prozent arbeiten befristet und häufig unter ihrer Qualifikation. 28 Prozent der Befragten kennen gar gar keine Festanstellung mehr und arbeiten überwiegend im Rahmen von Werkverträgen – entsprechend ist jeder dritte Befragte unzufrieden mit der Politik. "Mit Befristungen, Leiharbeit und Werkverträgen für junge Beschäftigte steuern Unternehmen und Politik in die falsche Richtung. Es ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit, die Verhältnisse wieder gerade zu rücken", forderte Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall. Die Ergebnisse sind eine Richtschnur für die Gewerkschaft, die sich seit 2009 intensiv mit den Forderungen undhaltungen der jungen Generation beschäftigt. → [Weiter...](#)

Folgen der Finanzkrise: Britisches Rotes Kreuz verteilt Lebensmittel

Die Folgen der Finanzkrise weiten sich immer mehr auch in die Teile der europäischen Gesellschaften aus, die sonst wenig mit Finanzspekulationen zu tun haben. Zu den Ländern, in denen dies am drastischsten zu beobachten ist, zählt England, das mit London einen der weltgrößten Finanz-Handelsplätze betreibt. In Großbritannien verteilte nun gar das Rote Kreuz Lebensmittel – zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg. Insgesamt können sich nach Angaben der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRC) 43 Millionen Menschen in Europa nicht genug zu essen leisten, 120 Millionen sind einer am Donnerstag in Rom und Genf veröffentlichtem IFRC-Studie zufolge armutsgefährdet. "Europa ist mit der schlimmsten humanitären Krise seit sechs Jahrzehnten kon-

frontiert", erklärte IFRC-Generalsekretär Bekele Geleta. Ungeachtet der wirtschaftlichen Erholung in einigen wenigen Ländern Europas seien anderswo auf dem Kontinent Millionen Menschen wegen der Folgen der Finanzkrise in Armut gefallen. → [Weiter...](#)

"Wer sind die 99 Prozent?": Neue Studie zur Occupy-Bewegung

Erinnert sich noch jemand an die Occupy-Bewegung, die in den Jahren 2011 und 2012 viel von sich reden machte und den bis heute einprägsamen Slogan von den 99 Prozent in die Welt setzte? Wer waren die Protagonisten dieser Bewegung, was wollten sie und warum sind sie ebenso plötzlich verschwunden, wie sie aufgetaucht waren? Diesen Fragen ist eine Studie der Otto-Brenner Stiftung mit dem Titel "Wer sind die 99 Prozent?" nachgegangen, die im Oktober vorgestellt wurde. Tenor: Die Bewegung ist einerseits schwer zu fassen, weil sie ein Sammelbecken verschiedener politischer Strömungen war, zugleich treffen sich die Teilnehmer in der Betonung gemeinsamer gesellschaftlicher Werte. Im Vordergrund stehen demnach Freiheit, Bürger- und Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe aber auch Solidarität und Gleichheit der Lebensbedingungen. Fazit der Forscher: "Niemand hatte mit Occupy gerechnet, als diese Protestbewegung fast aus dem Nichts entstand. Es gibt deshalb auch keine Gewissheit, dass sie nicht in einem neuen Gewand wiederkehrt."

→ [Weiter...](#)

Neoliberale Generalabrechnung: Britischer "Bildungsberater" läuft Amok

Die britische Regierung ist in den letzten Monaten und Jahren eher mit negativen Schlagzeilen aufgefallen, man denke an die Vervierfachung der ohnehin hohen Studiengebühren, an den gnadenlosen Umgang mit den Aufständen in den Londoner Vororten oder an die dreisten Versuche, die Pressefreiheit zu unterwandern. Der ehemalige Berater des konservativen Bildungsministers, Dominic Cummings, offenbart nun, was die Mitarbeiter von Premier Cameron von den Menschen im Land tatsächlich halten und wie sie sich zumindest die Bildungspolitik vorstellen: Schüler, Studierende, Lehrer und Professoren sind den feinen Herren demnach faules Pack, Schulen und Universitäten sollten sich ausschließlich und unmittelbar an den jeweils aktuellen Bedürfnissen des Marktes orientieren, nicht nachgefragte Fächer müssten kurzerhand abgeschafft werden. Wer von sozialem Aufstieg rede, bringe "im besten Fall irreführende, meist wertlose Argumente" vor, frühkindliche Förderung gehöre sowieso abgeschafft da die Leistung von Kindern von ihren Genen abhängig sei, so Cummings. → [Weiter...](#)

Junges Leben

Neuer Film:

"Wo wir sind isch vorne"

Die Globalisierung dringt vor bis in die letzten Winkel der schwäbischen Provinz – und macht selbst vor dem zwischen Stuttgart und dem Bodensee liegenden Hechingen nicht halt. Dort gerät die Firma Bogenschütz & Söhne, die seit Generationen Strickmaschinen produziert, in finanzielle Schwierigkeiten, die nur mithilfe chinesischer Investoren gelöst werden können. Das ist in wenigen Worten die Handlung des Films "Global Player. Wo wir sind isch vorne" von Hannes Stöhr. Nach seinem sensationellen Debüt "Berlin is in Germany" (2001) und weiteren Erfolgen wie "Berlin Calling" (2008) ist Stöhr damit erneut ein besonderer Film gelungen, der das Aufeinanderprallen zweier Kulturen in einer sich drastisch verändernden Welt pointiert und humorvoll beschreibt. Mit dem für Hannes Stöhr typischen, realistisch-dokumentarischen Ansatz zeichnet der Film das komische und zugleich behutsame Portrait einer mittelständischen Unternehmerfamilie im Schwäbischen, die zwischen Tradition und rasender Moderne agieren muss. → [Weiter...](#)

Neuer Film:

"Alphabet" vom Macher von "We feed the world"

"99 Prozent der aller Kinder kommen hochbegabt zur Welt. Nach der Schule sind es nur noch 2 Prozent". Mit diesem anklagenden Befund wirbt der österreichische Filmemacher Erwin Wagenhofer für seinen Film "Alphabet", mit dem er sich nach dem Finanzsystem ("Let's make money", 2008) und der Lebensmittelindustrie ("We feed the world", 2005) das Bildungssystem – oder besser alle weltweiten Bildungssysteme – vornimmt. Grundtenor des Films: Die weltweit dominante Ideologie von Leistungsdruck und Wettbewerb zerstört Kreativität und Individualität – und zwingt Menschen, zu Rädchen in einem gnadenlosen System zu werden. Von China bis Europa sind da alle Schulen zu stumpfen Lernfabriken geworden, die ihrer vornehmsten Aufgabe in keiner Weise gerecht werden. Leider bleibt der Film subjektive Bestandsaufnahme, die zwangsläufig daran scheitern muss, die Bildungssysteme in so unterschiedlichen Ländern wie China und Deutschland über einen Kamm zu scheren. → [Weiter...](#)

Neues Buch:

"Autoritärer Kapitalismus"

Die Verbindung von Kapitalismus und Demokratie, die gemeinhin als das Erfolgsmodell des Westens gilt, ist in der

letzten Zeit häufig hinterfragt und angegriffen worden. Der Politikwissenschaftler Frank Deppe geht nun einen Schritt weiter – und beleuchtet, was übrig bleibt, wenn die Demokratie immer weiter abgebaut wird. "Autoritärer Kapitalismus" heißt das Buch, das nicht nur das Verhältnis von Kapitalismus, Freiheit und Demokratie unter die Lupe nimmt, sondern auch einen genauen Blick auf die Protestbewegungen der vergangenen Jahre wirft. Dem gegenüber stellt das Buch das radikal-liberale Konzept des "one dollar – one vote", das eine mögliche autoritäre Wende nach Meinung des Autors beschleunigt. → [Weiter...](#)

Böse Aktion:

Tobias Schlegl verkauft Kinderarbeit

TV-Moderator Tobias Schlegl ist bekannt für seine bitterbösen Aktionen, die zumeist Politiker oder andere dankbare Opfer treffen. Dieses Mal jedoch hatte er es auf ganz normale Menschen auf einem ganz normalen Wochenmarkt abgesehen. Dort verkaufte Schlegl unter dem Label "fairKleidung" Klamotten zu Spottpreisen – und wies stets deutlich darauf hin, dass diese nur so günstig sein könnten, weil sie von Kindern in Bangladesch und Pakistan produziert würden. Die Reaktion der meisten Passanten ist ernüchternd bis schockierend: Während einige noch so tun, als würden sie nicht recht verstehen und das ganze für eine humanitäre Aktion halten, sprechen andere gleich davon, dass die Kinder ja sowieso nichts anderes kennen würden und man ihnen eigentlich sogar etwas Gutes tue, wenn man die Produkte kaufe. Der niedrige Preis lässt offensichtlich moralische Bedenken im Nu verschwinden. → [Weiter...](#)

Am Ende

NSA-Affäre:

Merkel empört über Behandlung als Bürgerin

Seit publik wurde, dass der amerikanische Geheimdienst NSA das Handy von Angela Merkel abgehört ist, ist die Kanzlerin sauer. Das hätte sie in den Augen mancher Datenschutz- und Privatsphärenfanatiker schon sein müssen, seitdem klar wurde, dass gleiches mit den Mobiltelefonen aller Bürger geschieht. War sie aber nicht. Denn Merkel wäre nicht Merkel wenn sie nicht ein feines Gespür für Nuancen im demokratischen Prozess hätte. Ihr geht es nicht um Grundrechte, die sie dann anerkennt, wenn sie marktkonform sind, nein – es geht um die Tatsache, dass die USA Merkel behandeln wie eine ganz normale Bürgerin. Das grenzt in der Tat an → [Majestätsbeleidigung](#)